

Die Liechtensteiner und Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind meist sehr stolz auf die politische Institution der Direkten Demokratie. Dieser Stolz hat sicherlich auch damit zu tun, dass es diese Möglichkeit, über Sachfragen direkt zu entscheiden, anderswo kaum gibt. Tatsächlich wird man als Liechtensteiner oder Schweizer in anderen Ländern nicht selten darum beneidet. Direkt über Sachfragen zu entscheiden, kann aber durchaus herausfordernd sein. Einige der Abstimmungsfragen sind hoch komplex oder sehr alltagsfern. Deshalb ist das Stimmvolk auf Orientierungshilfen angewiesen, beispielsweise auf die Empfehlungen von Parteien oder der Regierung. Diese Empfehlungen geben den Parteien und der Regierung die Gelegenheit, auf das Stimmverhalten der Stimmberechtigten einzuwirken. Ist dieser Einfluss allenfalls zu gross? Steuern die Parteien und die Regierung das Stimmvolk bei Sachabstimmungen?

Dieser Frage wird nachgegangen, indem erstmalig Gebrauch gemacht wird von den gepoolten Daten aller bisherigen Nachbefragungen des Liechtenstein-Instituts. Das Liechtenstein-Institut hat bisher 12 Nachbefragungen zu Sachabstimmungen durchgeführt – erstmals zur Abstimmung vom 16.3.2003 und letztmals zur Abstimmung vom 18.9.2022 über die gesetzliche Grundlage zur 2G-Regelung. Damit liegt das Stimmverhalten der Parteianhängerschaften zu insgesamt 16 Vorlagen vor. Das sind zwar deutlich weniger Vorlagen als in der Schweiz. Aber doch genügend, um einen ersten Vergleich der Parteilinien- und Regierungstreue bei Sachabstimmungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zu ziehen

*Christian Frommelt  
Direktor Liechtenstein-Institut*

## LI FOCUS

2/2022

# Parteilinientreue und Regierungsunterstützung bei Abstimmungen

## Ein Vergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz

---

THOMAS MILIC

---

**Die direkte Demokratie kommt dem Ideal der unmittelbaren Volksherrschaft am nächsten. Die Bürgerinnen und Bürger einer Direktdemokratie bestimmen nicht nur das politische Personal in Wahlen, sondern entscheiden in Abstimmungen auch über konkrete Sachfragen. Indes, über Gesetze oder Verfassungsartikel zu befinden, ist bisweilen eine herausfordernde Angelegenheit. Vor allem dann, wenn der Vorlageninhalt alltagsfern und komplex ist. Um solche direktdemokratischen Entscheidungsprobleme zu lösen, sind Stimmbürgerinnen und -bürger auf Orientierungshilfen angewiesen. Orientierung bieten dabei allerlei Akteure: die Medien, die Wissenschaft, die Politik, der Staat, aber auch zivilgesellschaftliche oder private Akteure. Doch**

**welchen Einfluss haben solche Akteure tatsächlich?**

In diesem Beitrag stehen zwei spezifische Akteure im Fokus: die Parteien und die Regierung. Beide leisten im direktdemokratischen Willensbildungsprozess Hilfe. Einerseits dadurch, dass sie informieren. Diese Informationen sind im Falle der Parteien meist parteiisch – das heisst, die Parteien beziehen Stellung im Abstimmungskampf. Die Regierung soll hingegen sachlich und seriös informieren, aber die formellen und politischen Beschwerden im Nachgang zu Liechtensteiner Abstimmungen zeigen, [dass nicht alle der Ansicht sind, die Regierung tue dies immer](#) (siehe hierzu z. B.: Marxer 2018: 320). Andererseits leisten Parteien und Regierung bei der Meinungsbildung auch dadurch Unterstützung, dass sie *Empfehlungen*

abgeben. Stimmempfehlungen sind aufgrund der binären Entscheidungssituation (entweder man legt ein «Ja» oder ein «Nein» in die Urne) jedoch notwendigerweise parteiisch. Aber für viele Stimmende sind sie *gerade deshalb* beliebt (Milic 2020). Denn sie stellen eine sehr effiziente Strategie der Komplexitätsreduktion dar. Anstelle einer mühseligen Auseinandersetzung mit dem Entscheidungssstoff wird einfach der Parole der Vorzugspartei oder der Empfehlung der Regierung Folge geleistet. Diese Angewiesenheit auf Orientierungshilfen macht die Stimmbürgerinnen und -bürger potenziell beeinflussbar. In der Schweizer Abstimmungsfor- schung drängte sich deshalb rasch die Frage auf, ob Regierung und Parteien imstande sind, Sachabstimmungen zu steuern (Trechsel 2002). Sind sie als Vermittlungsinstanzen allenfalls gar zu mächtig geworden (Gruner und Hertig 1983)?

Diesen Fragen wird nachgegangen, indem der Übereinstimmungsgrad zwischen dem Stimmverhalten der einzelnen Parteianhängerschaften und der Empfehlung der jeweiligen Vorzugspartei bzw. der Regierung ermittelt wird. Diese Übereinstimmung mag, wie noch gezeigt werden soll, verschiedene Ursachen haben. Aber der Übereinstimmungsgrad zwischen Stimmverhalten und Parole der Identifikationspartei – in der Forschung als Parolenkonformität bezeichnet (Milic 2010) – gilt als Gradmesser für den Einfluss der Parteien auf die Stimmbürgerschaft bei Abstimmungen (Kriesi 1994, Trechsel 2002). Die Übereinstimmung zwischen der Regierungsposition und dem Urnenentscheid der Bürgerinnen und Bürger – in der Forschung als «behördenunterstützendes Verhalten» bezeichnet (ebenso Trechsel 2002) – gilt als Gradmesser der Kontrolle der Behörden über den direkt-demokratischen Entscheidungsprozess. Trechsel (2002: 576) schreibt im Schweizer Kontext etwa von einem anfänglich «behördendesavouierenden» Abstimmungsverhalten des Schweizer Stimmvolks, welches aber seit den 1970er-Jahren von einer «klaren Übereinstimmungstendenz zwischen den Regierenden und den Regierten» abgelöst worden sei. «Das gefährliche Biest <direkte De-

**Abbildung 1: Parteiparolen zur Abstimmung über die AHV-Reform (Frauenrentenalter 65) in der Schweiz vom 25.9.2022 («Parolenspiegel»)**

EDU	JA	
EVP	JA	
FDP	JA	
Grüne	NEIN	
GLP	JA	
Mitte	JA	
SP	NEIN	
SVP	JA	

Quelle: <https://www.srf.ch/news/abstimmungen-vom-25-september-parolenspiegel>

mokratie» wurde [von den Eliten, Ergänzung durch den Autor] also mit der Zeit gebändigt ...», folgert Trechsel (2002: 576). Wir wollen nun wissen: Wurde dasselbe Biest auch auf der anderen Seite des Rheins gebändigt?

### Die Empfehlungen der Regierung und der Parteien

Die wichtigsten politischen Akteure, von der Regierung über das Parlament bis hin zu den Parteien und involvierten Verbänden oder Organisationen, sie alle äussern sich mehr oder weniger pointiert im Abstimmungskampf und liefern dem Stimmvolk so eine Orientierung. Gewiss, nicht immer tun dies alle Akteure, aber die meisten Akteure tun dies oftmals. Ganz grundsätzlich gesprochen können das Aussagen in Diskussionsrunden, Beiträge in Zeitungen, Erläuterungen, Empfehlungen oder sonstige Positionsaussagen sein. Im Grunde genommen kommen als Orientierungshilfe alle Aussagen im Abstimmungskampf, die eine Linie oder Haltung zur vorgelegten Sachfrage erkennen lassen, infrage. Die *unmissverständlichsten Orientierungshilfen* sind sicher die Parteiparolen, die in der Schweiz meist von

der Delegiertenversammlung der Partei beschlossen und auch gegen aussen so kommuniziert werden («Parolenspiegel»), und sodann die Regierungsempfehlung, die in der Schweizer Abstimmungsbroschüre (im Volksmund auch «Abstimmungsbüchli» genannt) gut sichtbar abgedruckt wird.

### Die Regierungsempfehlung und die Parteiparolen in der Liechtensteiner Praxis

In Liechtenstein ist das Angebot an Orientierungshilfen nicht derart formalisiert wie in der Schweiz, wo im Vorfeld der Abstimmungen ein [systematischer Parolenspiegel](#) veröffentlicht wird. Aber auch hierzulande werden den Stimmberechtigten Empfehlungen angeboten. Die Parteivorstände oder Landesvorstände der beiden Grossparteien positionieren sich im Vorfeld von Abstimmungen [beispielsweise](#) oft mit einer Stimmempfehlung («Parole») – wobei diese in der Regel Resultat eines Mehrheitsbeschlusses war. Aber selbst dort, wo keine «offizielle» Parole ausgesprochen wird, ist nicht selten eine (recht) eindeutige Parteihaltung zur Vorlage erkennbar (Marxer 2018: 453). Beispielsweise

## Abbildung 2: Abstimmungsempfehlung des Bundesrates (links) und Abstimmungsempfehlung der Liechtensteiner Regierung (rechts) in der jeweiligen Informationsbroschüre

Bundesrat und Parlament empfehlen, am 25. September 2022 wie folgt zu stimmen:

<b>Nein</b>	Massentierhaltungsinitiative
<b>Ja</b>	Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
<b>Ja</b>	Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)
<b>Ja</b>	Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Die Regierung ersucht die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, an den Abstimmungen teilzunehmen und empfiehlt, ein JA zur Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes und ein JA zum Finanzbeschluss zur Genehmigung eines Verpflichtungskredites für den Ausbau der Eisenbahnstrecke Feldkirch – Buchs SG für eine S-Bahn Liechtenstein in die Urne zu legen.

Zum Initiativbegehren HalbeHalbe zur Abänderung der Verfassung vom 5. Oktober 1921 verzichtet die Regierung auf eine Abstimmungsempfehlung.

Quelle: Schweiz: [Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 25.09.2022](#). Liechtenstein: [Information der Regierung zu den Abstimmungen vom 30. August 2020](#).

dann, wenn sich alle bzw. die meisten Parteivertreter bereits im Landtag dafür ausgesprochen haben und anschliessend auch im Abstimmungskampf mit einer Stimme auftreten. Ab und an ist indessen nicht auf Anhieb zu erkennen, was die Parteilinie ist. Etwa dann, wenn eine «offizielle» Parole fehlt und die Äusserungen der einzelnen Parteivertreter divergieren. Manchmal wird auch eine Stimmfreigabe beschlossen – oftmals aus Rücksicht auf die divergierenden Meinungen in der Parteilinie (Marxer 2018: 457). [Ein Beispiel ist die «HalbeHalbe»-Initiative](#): Bei der FBP gingen die Meinungen hierzu auseinander. Die FBP-Frauen sprachen sich beispielsweise klar zugunsten der Vorlage aus. Andere waren dezidiert dagegen. Die FBP beschloss in der Folge eine Stimmfreigabe. In solchen Fällen bietet die entsprechende Partei keine eindeutig erkennbare Orientierungshilfe an, weil die vereinzelt Signale, welche von den Parteivertretern ausgesendet werden, *in ihrer Gesamtheit* uneindeutig bleiben. Wenn eine klare Parteilinie fehlt, kann logischerweise auch keine Parolenkonformität ermittelt werden.

Die Liechtensteiner Regierung wiederum kommuniziert ihre Position in der offiziellen Informationsbroschüre oft, aber nicht immer. Bei Volksabstimmungen auf Beschluss des Landtages nimmt in der Regel der Landtag Stellung und nicht die Regierung. Davon wird dann und wann abgewichen, ohne dass auf Anhieb erkennbar wäre, warum, [wie der Super-Abstimmungssonntag vom 30. August 2020 zeigt](#). Ab und an verzichtet die Regierung (bewusst) auf eine offizielle Stellungnahme in der Informationsbroschüre, so geschehen etwa zur [«HalbeHalbe»-Initiative](#). Liegt aber eine Regierungsempfehlung vor, wird sie in der Informationsbroschüre abgedruckt, wenn auch nicht derart feierlich wie im Schweizer Pendant, dem «Abstimmungsbüchli», das den Schweizer Stimmberechtigten zusammen mit dem Stimmmaterial zugesandt wird. Dort wird auf der Rückseite in Fettdruckbuchstaben und auf knallrotem Hintergrund unmissverständlich klar gemacht, welches die Regierungsposition ist (siehe Abbildung 2, links). Aber auch in der Liechtensteiner Informationsbroschüre werden Stimmberechtigte, die an der Positi-

on der Regierung interessiert sind, relativ rasch fündig (siehe Abbildung 2, rechts). Die Regierungs- oder Behördenlinie findet indessen auch anderweitig Verbreitung. Etwa wenn sich die Regierung bzw. das verantwortliche Ministerium im Abstimmungskampf engagieren. Dazu gehören Auftritte in [Diskussionsrunden des Radios oder des Fernsehens, wo sie eine der beiden Seiten im Abstimmungskampf vertreten](#), aber auch die Durchführung eigener Informationsveranstaltungen – [geschehen etwa im Vorfeld der Abstimmung über die S-Bahn \(30.8.2020\)](#).

*Zusammengefasst* lässt sich sagen, dass sich Parteien und Regierung im Vorfeld von Liechtensteiner Abstimmungen oft positionieren. Und gewiss auch mit der Hoffnung, Einfluss auf das Stimmverhalten nehmen zu können. Wozu sonst sollte man Parolen fassen oder Empfehlungen aussprechen? Die Haltung der eigenen Identifikationspartei, aber auch die Regierungsposition sind überdies einfach ausfindig zu machen. Indes, nicht immer positionieren sich Parteien und Regierung eindeutig. Um den Übereinstimmungsgrad zwischen Eliten und Basis zu ermitteln,

muss aber klar definiert sein, ab wann von einer Parteilinie oder einer Regierungsposition gesprochen werden kann. Zudem ist zu präzisieren, wer «Parteihängerin» oder «Parteihänger» ist. Beide Fragen werden im nächsten Abschnitt beantwortet, wo zugleich auch die Daten vorgestellt werden.

### Präzisierung der Begriffe und Datengrundlage

Zunächst zur Datengrundlage: Die für die vorliegende Untersuchung verwendeten Daten stammen aus zwei Quellen: Die Kontextinformationen (Parteiaparen, Regierungsempfehlungen) wurden dem am Liechtenstein-Institut von Wilfried Marxer erstellten Abstimmungsdatensatz entnommen. Diese Informationen wurden sodann kombiniert mit Individualdaten aus allen verfügbaren Nachbefragungen zu Liechtensteiner Urnengängen. Insgesamt wurden bisher 12 Urnengänge (16 Vorlagen)<sup>1</sup> mit Umfragen abgedeckt. *Maximal* liegen also pro Parteihängerschaft 16 Beobachtungen vor. Meist sind es weniger. Für die «jungen», erst vor Kurzem gegründeten Parteien DU und DpL beispielsweise liegen weniger Datenpunkte (seit 2015 bzw. 2020) als für die «alten», etablierten Parteien vor.

Eine Parteilinie lag dann vor, wenn entweder die jeweilige Parteispitze eine Parole fasste – unabhängig davon, ob dieser Beschluss einstimmig oder mehrheitlich zustande kam – oder sich im Vorfeld der Abstimmung in der Öffentlichkeit grossmehrheitlich für oder gegen die Vorlage aussprach. Bei der VU liegen 14, bei der FBP 13 und bei der FL gar für 15 Vorlagen eine Parole bzw. eine klare Parteilinie vor. Bei der DU sind es 6, bei der DpL nur 5 Datenpunkte. Eine Regierungsposition wiederum wurde dann registriert, wenn in der offiziellen Informationsbroschüre auch eine entsprechende Regierungsempfehlung kommuniziert wurde. Dies war bei 12 der 16 Vorlagen der Fall.

Die Gruppe der Parteihängerschaft fusst auf dem manchmal etwas vage definierten Konzept der

Parteiidentifikation (ursprünglich: Campbell et al. 1960). In der Regel wird darunter eine affektive Bindung an eine Partei verstanden, die zeitlich stabil ist. Gemessen wird diese Bindung mit der Frage nach jener Partei, der man sich «nahe» oder «am nächsten fühlt». In den hier verwendeten Nachbefragungsdaten ist die Parteinähe regelmässig im gleichen Wortlaut abgefragt worden. Ein erheblicher Anteil der Stimmenden fühlt sich keiner Partei nahe. Für diese Parteiungebundenen wurde sinnvollerweise nur die Regierungsunterstützung ermittelt.

Die Parolenkonformität wiederum kann ermittelt werden, indem der Anteil jener kalkuliert wird, deren Stimmverhalten identisch mit der Linie ihrer Partei war (analog dazu etwa Wagshal 2009, Milic et al. 2014). Analog wurde bei der Regierungsempfehlung vorgegangen. Bezog die Regierung in der Informationsbroschüre Stellung zur Vorlage, wird ein Grad der Regierungsunterstützung ermittelt, indem der Anteil Stimmender errechnet wird, der einen regierungskonformen Entscheid fällte.<sup>2</sup>

Die Liechtensteiner Befunde wurden sodann mit Schweizer Daten (2000–2021) verglichen. Die Schweizer Daten stammen aus [Swissvotes](#) und den [Vox-](#) bzw. [VOTO-Erhebungen](#). Für die Schweiz liegen aufgrund der viel häufiger stattfindenden Abstimmungen auch deutlich mehr Datenpunkte vor. Aufgrund dessen dürfte der Schweizer Befund auch stärker vor Ausreissern gefeit, mithin also verlässlicher sein.

### Treiber der Parolenkonformität und der Regierungstreue im Stimmverhalten

Die Messung der Parolenkonformität oder der Regierungstreue ist nicht sonderlich schwer. Die psychologische Interpretation fällt schwerer.

Denn eine Übereinstimmung zwischen der Parole der bevorzugten Partei und dem Stimmentscheid eines Parteisymphisanten kann verschiedene Ursachen haben. Ebenso die Übereinstimmung von Regierungsempfehlung und individuellem Urnenentscheid. Wie kann, generell gesprochen, Parolenkonformität und Regierungslinientreue *zustande kommen*?

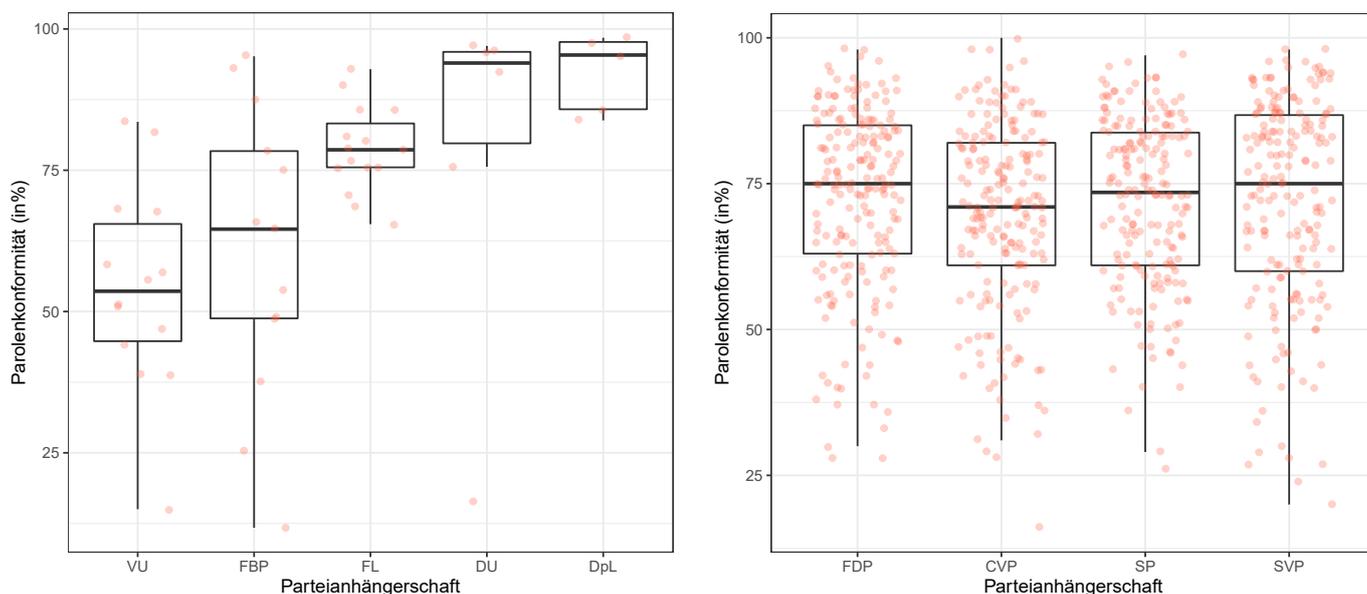
Zum einen dadurch, dass die Empfehlung der bevorzugten Partei oder der Regierung direkt umgesetzt wird. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn ein Parteisymphisant sich entscheidet, anstelle einer zeitintensiven inhaltlichen Beschäftigung mit dem Entscheidstoff, ohne grosses Überlegen die Empfehlung seiner bevorzugten Partei oder jene der Regierung auf den Stimmzettel zu schreiben. In der kognitionspsychologischen Literatur wird ein solches Verhalten als «heuristische Informationsverarbeitung» bezeichnet (Chaiken 1980). Das heisst: Man wendet eine Heuristik, also eine mentale Entscheidungshilfe, an («ich kann meiner bevorzugten Partei trauen»), um sich die Kosten einer detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung zu sparen. Diese rationale und unter Umständen sehr

**In Nachbefragungen geben im Schnitt rund 9 Prozent der Liechtensteiner Befragten an, sich stark oder sehr stark an der Parole der bevorzugten Partei orientiert zu haben. Bei der Regierungsempfehlung beträgt dieser Anteil gar 17 Prozent.**

effiziente Informationsverarbeitungsstrategie wird auch bei der politischen Meinungsbildung angewendet. Wie häufig, ist schwierig zu bestimmen und hängt auch von der jeweiligen Entscheidungssituation ab (siehe hierzu: Milic 2020). Dass aber sowohl die Regierungsempfehlung als auch die Parteiaparen in diesem heuristischen Sinne genutzt werden, belegen

zahlreiche Auswertungen von Nachabstimmungsumfragen, in welchen die Befragten just diese Nutzung von Empfehlungen explizit angaben (Milic 2020). In den Nachbefragungen zu Liechtensteiner Urnengängen geben im Schnitt rund 9 Prozent der Liechtensteiner Befragten an, sich stark oder sehr stark an der Parole der bevorzugten Partei orientiert zu haben. Bei der Regierungsempfehlung be-

**Abbildung 3: Parolenkonformität der Parteianhängerschaften in Liechtenstein (links) und in der Schweiz (rechts) (2000–2021)**



Bemerkungen: Das Kastendiagramm zeigt die Streuung der Werte. Die einzelnen Kästen (oder «Boxen») decken die mittleren 50 Prozent der Beobachtungen ab, wobei der horizontale Strich im Kasten den Median darstellt. Der Median teilt die nach Grösse angeordneten einzelnen Beobachtungen in exakt zwei Hälften. Die «Antennen», die aus den Kästen oben und unten herausragen, entsprechen der 1.5-fachen Interquartilsweite.

trägt besagter Anteil gar 17 Prozent. Sich an einer Empfehlung stark oder gar sehr stark orientiert zu haben, ist zwar nicht dasselbe wie die soldatische Befolgung eines Befehls, aber spricht gerade im Hinblick auf die eingangs gestellte Frage, ob Regierung und Parteien das Volk steuern, für ein starkes Steuerungspotenzial des entsprechenden heuristischen Hinweisgebers, sei es nun die bevorzugte Partei oder die Regierung.

Eine Übereinstimmung zwischen Elitensignal (Partei- oder Regierungsempfehlung) und Stimmverhalten kann zum anderen aber auch dadurch zustande kommen, dass sowohl der einzelne Stimmende wie auch die Partei (bzw. die Regierung) unabhängig voneinander zur selben Schlussfolgerung gelangen – ohne dass sich der eine an der Empfehlung des anderen orientiert hat. Bei einem Parteisympathisanten, der so abstimmt, wie es seine Vorzugspartei empfiehlt, ohne aber die entsprechende Parteiempfehlung direkt umzusetzen oder sie überhaupt zu kennen, ist die Pa-

**Die kleinen Parteianhängerschaften in Liechtenstein sind im Vergleich zu den Grossparteien deutlich homogener und parteiloyal: Bei ihnen fällt die Linientreue kaum je unter 70 Prozent.**

rolenkonformität trotzdem selten Zufall. Denn es wird triftige Gründe geben, weshalb gerade diese (und nicht eine andere) Partei die eigene Identifikations- oder «Lieblings»-Partei darstellt. Diese Gründe sind in den politischen Werthaltungen begründet: Die Parteisympathisantin und ihre Partei teilen viele gemeinsamen Wertevorstellungen. Weil beide dieselben Wertevorstellungen haben, gelangen sie aber auch – ohne von der Haltung der jeweils anderen zu wissen – zur selben Lösung eines konkreten Entscheidungsproblems. Ein Beispiel: Eine FL-Sympathisantin muss die Parole ihrer Partei zur «HalbeHalbe»-Initiative nicht kennen, sie würde aufgrund ihrer generellen politischen Haltung mit allergrösster Wahrscheinlichkeit zur selben vorlagenspezifischen Haltung gelangen wie die FL-Parteispitze. Wie häufig geschieht dies? Auch das ist schwer zu quantifizieren. Aber Schweizer Untersuchungen (Kriesi 1994, Selb et al. 2009, Bonfadelli und Friemel 2012) zeigen, dass eine erhebliche Zahl von Partei-

sympathisanten die offizielle Parole ihrer bevorzugten Partei gar nicht kennt. Sie können sie deshalb auch nur schwerlich umsetzen. Nichtsdestotrotz stimmen sie oftmals genauso ab, wie es ihre Partei empfiehlt (Milic et al. 2014, Wagschal 2009). Die Vermutung liegt nahe, dass dies an den gemeinsamen Werthaltungen liegt (Milic 2008).

Zuletzt kann sich diese Übereinstimmung aber auch rein zufällig ergeben. Weder teilt man die Haltung der Regierung oder seiner Partei, noch kennt man die Empfehlungen der Akteure, stimmt aber trotzdem wie empfohlen ab. Angesichts dessen, dass es bei einer Sachabstimmung ohnehin nur zwei Entscheidungsoptionen gibt, ist diese Chance prinzipiell gar nicht so gering. Gleichwohl deutet die Abstimmungsforschung (Kriesi 2005, Milic et al. 2014) darauf hin, dass Stimmende selten einen willkürlichen Entscheid fällen, sondern sich zumindest an gewisse Entscheidungsregeln halten (z. B. Status-quo-Heuristik).

*Zusammengefasst* lässt sich sagen, dass die Übereinstimmung zwischen Parteiparole bzw. Regierungsempfehlung und Stimmverhalten des Parteisympathisanten verschiede-

ne Ursachen haben kann. *Vielleicht* wurden Empfehlungen umgesetzt. *Vielleicht* ist die Übereinstimmung zwischen Parole und Stimmverhalten die natürliche Folge einer vorgängigen Parteiwahl. Am wahrscheinlichsten ist eine Kombination verschiedener Gründe (Milic 2010). Aber unabhängig von den spezifischen, individuellen Entscheidungsmotiven, über die an dieser Stelle nur spekuliert werden kann, lässt zumindest ein geringer Übereinstimmungsgrad auf ein geringes Steuerungsvermögen der politischen Eliten schliessen. Denn: Entscheidet das Stimmvolk oft anders als beispielsweise die Regierung empfiehlt, dann *steuert* die Regierung das Stimmvolk bei Sachabstimmungen auch *nicht*, unabhängig davon, warum die Regierungsempfehlung nicht eingehalten wurde.

### Homogene Kleinparteien, heterogene Grossparteien

Wenn zunächst nur das Liechtensteiner Kastendiagramm (Abbildung 3, linkes Panel) betrachtet wird, so fällt auf, dass die beiden Grossparteien deutlich mehr Mühe bekunden, ihre Anhängerschaften auf Linie zu halten, als die drei kleinen Parteien. Der Median für die VU liegt gerade mal bei etwas über 50 Prozent, jener der FBP bei knapp 65 Prozent, während in rund der Hälfte aller Abstimmungen fast 80 Prozent der FL-Sympathisanten so stimmen, wie ihre Partei empfiehlt. Bei der DU und der DpL sind es nochmals (deutlich) mehr. Allerdings liegen für diese beiden Parteien nur wenige Fälle vor. Überdies ist die Spannweite der Parolenkonformität bei den Grossparteien grösser als bei den Oppositionsparteien. Bei der FBP reichen die Werte von rund 10 Prozent ([Familienzulage, 2016](#)) bis 95 Prozent ([Vetorecht des Fürsten, 2012](#)), bei der VU zwischen 15 (Familienzulage, 2016) und bis 85 Prozent ([HalbeHalbe-Initiative, 2020](#)).

Bemerkenswert: Obwohl für die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP deutlich mehr Fälle vorliegen (Abbildung 3, rechtes Panel), gab es *nirgendwo einen so tiefen* Parolenkonformitätswert wie für die FBP und die VU. Auf die Gründe hierfür soll im Schlussabschnitt zurückgekommen werden.

Die kleinen Parteienhängerschaften in Liechtenstein sind im Vergleich zu den Grossparteien deutlich homogener und parteiloyalere: Bei ihnen fällt die Linientreue kaum je unter 70 Prozent. Die tiefste Parolenkonformität verzeichnete die FL bei der Abstimmung über die Familienzulage (2016). Sie betrug «nur» etwas unter 70 Prozent. Aber selbst bei dieser Abstimmung hielten sich deutlich mehr FL-Sympathisierende an die Parteilinie als davon abzuweichen. Die Anhängerschaften von DU und DPL weisen eine gar noch höhere Geschlossenheit im Stimmverhalten auf. Kurzum, die grossen Parteien zeigen eine eher geringe, die kleinen Parteien aber eine ausserordentlich hohe Parolenkonformität.

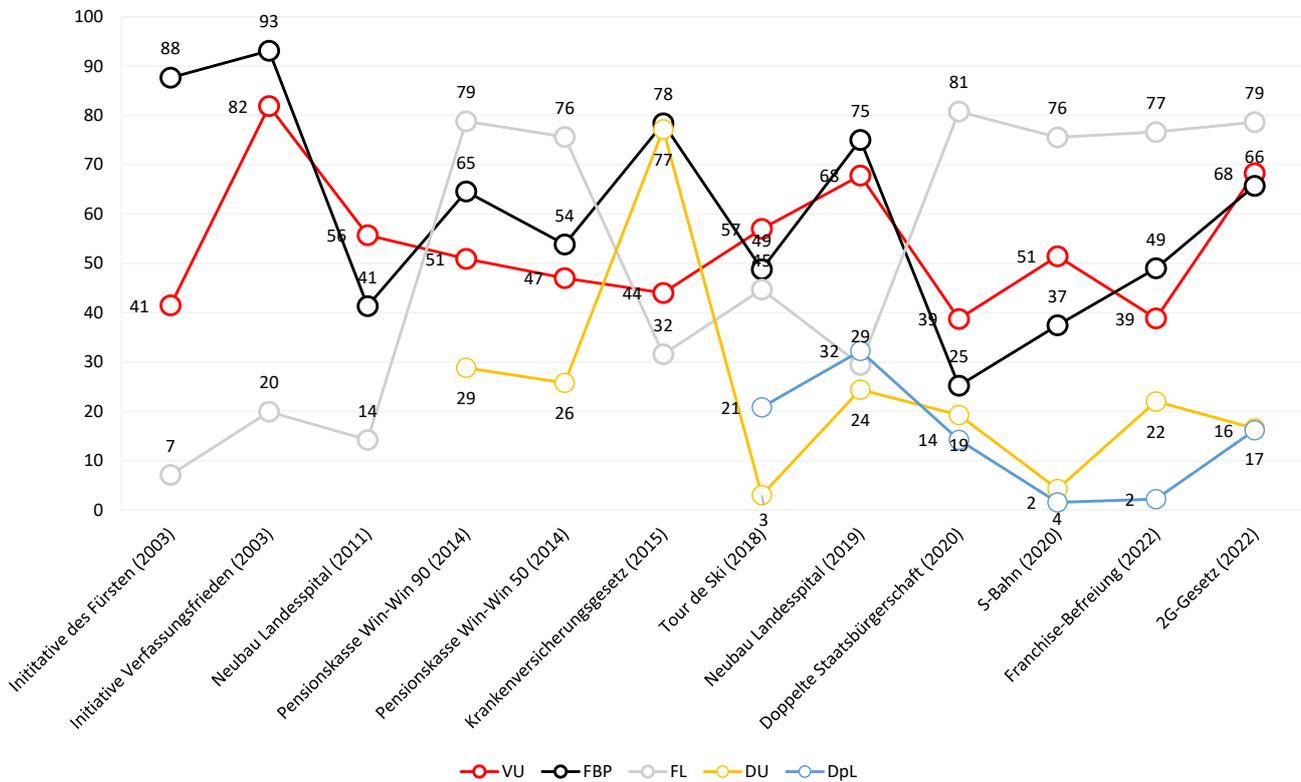
Natürlich haben diese Unterschiede einerseits mit der Grösse der Partei und andererseits mit der programmatischen Ausrichtung zu tun. Die Anhängerschaften der beiden Regierungsparteien sind deutlich grösser als jene der Oppositionsparteien. Je grösser, desto heterogener ist aber eine Parteienhängerschaft bezüglich ihrer gesellschaftspolitischen Wunschvorstellungen – *ceteris paribus*.

Sodann liegen die Differenzen wohl auch darin begründet, dass die beiden Grossparteien Volksparteien (Waschkuhn 1994: 264, Marxer 2000: 93) sind, denen es nicht primär um milieuspezifische, ideologiegetriebene Politik geht, sondern um Wählerstimmenmaximierung mittels einer pragmatische(re)n Politik. Die meisten Wählerstimmen sind aber in der Regel in der Mitte des ideologischen Spektrums, wo sich der ideologisch flexible idealtypische «Medianwähler» verortet, zu finden (Downs 1957). Die programmatische Ausrichtung einer Volkspartei ist entsprechend «mittig» und auf konkrete Sachfragen bezogen oftmals auf beide Seiten offen. Eine wichtige Voraussetzung für diese Ausrichtung ist indessen, dass auch eine realistische Chance zur Ablösung der Konkurrenzpartei als Regierungspartei besteht – was auf die beiden Grossparteien fast schon exemplarisch zutrifft. Nicht aber auf die Kleinparteien. Sie haben so gut wie keine Chance auf Regierungsbeteiligung und versuchen

deshalb die in ihrer ideologischen «Nische» vorhandenen Stimmen zu maximieren mittels möglichst klarer, kompromissloser Politik. Daraus folgt eine höhere innere Homogenität ihrer Anhängerschaften. Und deshalb sind bei einer Abstimmung Basis und «Eliten» (gemeint sind die Parteispitzen) auch derart nahe beieinander.

Vergleicht man die Liechtensteiner mit den *Schweizer* Daten, so fällt auf, dass die Anhängerschaften aller vier Bundesratsparteien im Schnitt in etwa gleich parolenkonform abstimmen: Überall beträgt der Übereinstimmungsgrad in rund der Hälfte aller Abstimmungen etwa 75 Prozent oder mehr. Damit sind die Werte der vier Bundesratsparteien in etwa auf dem Niveau der FL. Dass die SP einen ähnlichen Wert wie die FL aufweist, überrascht nicht. Ebenso wenig überrascht der hohe Wert der SVP. Alle drei Parteien sind ideologisch klar positioniert. Erstaunen wecken indessen die hohen Werte der beiden Schweizer Zentrumsparteien, FDP und CVP, deren Anhängerschaften deutlich parteilinientreuer abstimmen als jene der Liechtensteiner Zentrumsparteien, der VU und der FBP. Bei näherem Hinsehen wird indessen klar: Erstens, FDP und CVP sind, was die Wähleranteile anbelangt, *nicht derart gross* wie die FBP und VU. Tatsächlich sind die FDP und CVP *kleiner* als die beiden anderen Bundesratsparteien SP und SVP. Kurz, in der Schweiz sind die Polparteien grösser als die Zentrumsparteien. Kleiner aber heisst weltanschaulich homogener. Zweitens, das Schweizer Regierungssystem kennt keinen Regierungschef und auch keine «Regierungswechsel», wie sie in Liechtenstein aufgrund der zur Anwendung kommenden Praxis «3+2» (Sieger erhält drei, der Verlierer zwei Sitze), möglich sind. Die Zusammensetzung der Schweizer Regierung ist (meist) unabhängig vom Wahlergebn bei den nationalen Parlamentswahlen. Ein Regierungswechsel ist bei vier, unter sich nicht zusammengeschlossenen Parteien überdies fast schon ausgeschlossen. Die Parteien haben deshalb auch keinen (allzu grossen) Anreiz, sich dem Medianwähler programmatisch anzunähern.<sup>3</sup> Kurz, die Schweizer Bundesratsparteien sind

**Abbildung 4: Chronologische Entwicklung der Regierungstreue der Parteianhängerschaften in Liechtenstein**



Weltanschauungsparteien, «die auf halbem Weg zur Allerweltpartei stehen geblieben sind» (Emmenegger und Rogger 2003). Ihre Anhänger-schaften – auch jene der Zentrums-parteien – sind deshalb auch ideolo-gisch ziemlich homogen.

**Bedingte Regierungstreue an der Urne, aber Loyalität zum zuständigen Ministerium**

Welche Parteianhängerschaften sind bei Sachabstimmungen am ehesten auf Regierungslinie? Wenig erstaunlich liegen die Gefolgschaften der beiden Regierungsparteien<sup>4</sup> FBP und VU in (knapp) über der Hälfte aller Abstimmungen mehrheitlich auf Regierungslinie. Im Schnitt verhalten sich FBP-Sympathisierende an der Urne etwas regierungstreuer (60%) als VU-Anhängerinnen und -Anhänger (54%). Andererseits streuen die Werte bei der FBP stärker als bei der VU: Der tiefste Wert betrug bei der FBP 25 Prozent (Doppelte Staatsbürgerschaft, 2020), der

höchste 93 Prozent (Initiative Verfassungsfrieden, 2003). Bei der VU liegen die Werte für Regierungstreue kompakter beieinander. Der tiefste und der höchste VU-Wert wurden bei den gleichen Abstimmungen erzielt wie bei der FBP (Doppelte Staatsbürgerschaft, 2020; Initiative Verfassungsfrieden, 2003).

Auffällig ist bei den Anhänger-schaften der beiden Grossparteien folgendes Muster: Das behörden-konforme Stimmverhalten ist in jener Anhängerschaft grösser, deren Parteivertreterin/vertreter das jeweilige, zuständige Ministerium leitete. Von dieser Regel gab es nur eine winzige Ausnahme: Das 2G-Gesetz (18.9.2022) erhielt von der VU-Anhängerschaft in unserer Stichprobe eine etwas höhere Zustimmung (68%) als von der FBP-Anhängerschaft (66%), obwohl das Geschäft in die Zuständigkeit des Gesellschaftsministeriums (Manuel Frick, FBP) fiel. Die Parteifarbe des zuständigen Ministers / der zustän-

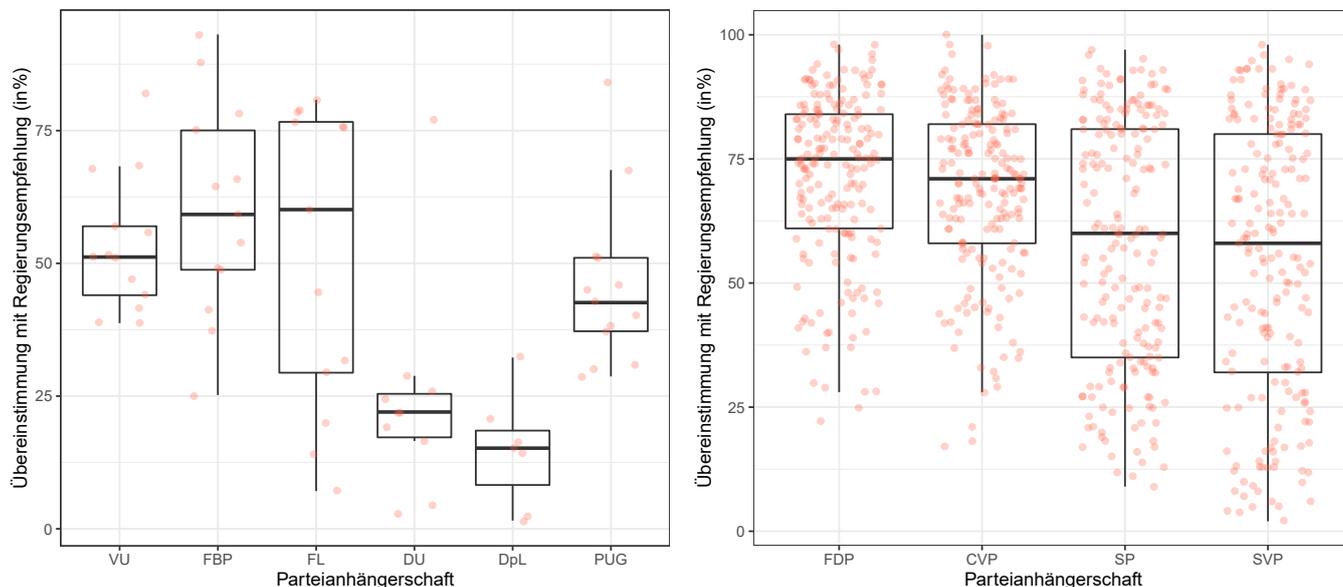
**Das behörden-konforme Stimmverhalten ist in jener Anhängerschaft grösser, deren Parteivertreterin oder Parteivertreter das jeweilige, zuständige Ministerium leitete.**

digem Ministerin ist dabei im Übrigen wichtiger als die Parteizugehörigkeit des Regierungschefs.

**The Government’s Most Loyal Opposition: die FL**

Erstaunlich ist aber, dass die Anhänger-schaft der Oppositionspartei FL an der Urne ähnlich regierungstreu stimmt wie die Regierungspartei FBP. Allerdings ist die Bandbreite der Regierungstreue bei der FL grösser als bei FBP und VU. Sie reicht von 7 Prozent (Verfassungsinitiativen des Fürsten, 2003) bis zu 81 Prozent (Doppelte Staatsbürgerschaft, 2020). Die chronologische Entwicklung der Regierungstreue (Abbildung 4) zeigt überdies, dass die FL-Anhängerschaft noch zu Beginn des Jahrtausends auf scharfem Oppositionskurs an der Stimmurne war, sich aber *seit 2014 zur regierungstresten Parteianhängerschaft «transformierte»*. Fraglich ist freilich, wer sich hier «transformierte» und ob überhaupt eine Transformation stattfand. Abgesehen davon, dass uns nur wenige Beobachtungen zur Verfügung stehen (12), muss sich ja die FL-Anhängerschaft nicht zwingend

**Abbildung 5: Regierungstreue der Parteianhängerschaften in Liechtenstein (links) und in der Schweiz (rechts) (2000–2021)**



Bemerkungen: Das Kastendiagramm zeigt die Streuung der Werte. Die einzelnen Kästen (oder «Boxen») decken die mittleren 50 Prozent der Beobachtungen ab, wobei der horizontale Strich im Kasten den Median darstellt. Der Median teilt die nach Grösse angeordneten einzelnen Beobachtungen in exakt zwei Hälften. Die «Antennen», die aus den Kästen oben und unten herausragen, entsprechen der 1.5-fachen Interquartilsweite.

der Haltung der Regierung programatisch über die Zeit angenähert haben. Denkbar wäre prinzipiell auch das Gegenteil davon: Die Regierungslinie ist heute häufiger auf FL-Linie als früher.

Bei der Interpretation der Regierungstreue ist Folgendes zu beachten: Die ausgewiesenen Werte sind erstens davon abhängig, welche Sachfragen am Ende zum Volksentscheid gelangen und welche nicht. Sind es beispielsweise vor allem Referenden von rechts, so ist es aufgrund der ideologischen Position der beiden Grossparteien (mittig) und der FL (links) von vornherein wahrscheinlicher, dass die FL-Anhängerschaft am ehesten auf Regierungslinie bleibt – vorausgesetzt, Letztere ist identisch mit der Position des Landtages. Bei (von der Regierung abgelehnten) Volksinitiativen von (Mitte-)Links sieht es hingegen genau umgekehrt aus. Die FL dürfte in solchen Fällen in scharfer Opposition zur Regierung stehen. Nur, solche Initiativen ka-

**DU und DpL sind an der Stimmurne unverkennbar Oppositionsanhängerschaften. Nur einmal legte mehr als ein Drittel einer der beiden Parteianhängerschaften (DU) so ein wie von der Regierung empfohlen.**

men in den letzten Jahren selten zur Abstimmung, während Referenden gegen Verfassungsartikel und Gesetze häufig von DU- oder DpL-Seite kamen oder zumindest unterstützt wurden. Eine Ausnahme bildete die «HalbeHalbe»-Initiative. Sie kam aus dem Mitte-Links-Spektrum. Aber das Beispiel dieser Initiative zeigt, dass der hier ausgewiesene Wert, zweitens, auch davon abhängig ist, ob die Regierung tatsächlich Stellung bezieht oder nicht. Wenn die Regierung auf eine Stellungnahme verzichtet, kann folgerichtig auch keine Regierungsunterstützung ermittelt werden. Just bei der «HalbeHalbe»-Initiative fehlt ein Positionsbezug der Exekutive. Hätte die Regierungsposition, bloss mal angenommen, damals gleich gelautet wie jene des Landtags (d. h. «Nein»), wäre der hier ausgewiesene Wert der Regierungsunterstützung der FL deutlich gefallen – denn sie stimmte der Vorlage als einzige Parteianhängerschaft mehrheitlich (75%) zu.

DU und DpL sind an der Stimmurne unverkennbar Oppositionsanhängerschaften. Nur einmal ([Kran-](#)

[kenversicherungsgesetz, 2015](#)) legte mehr als ein Drittel einer der beiden Parteianhängerschaften (DU) so ein wie von der Regierung empfohlen. Ansonsten blieb die Regierungsunterstützung stets unter der 33-Prozent-Marke. Der Umstand, dass die Regierungsposition in jüngerer Vergangenheit oftmals an der Urne unterlag, liegt allerdings nicht primär an der Opposition der beiden Parteianhängerschaften DU und DpL – dazu sind sie zahlenmässig nicht gross genug –, sondern daran, dass die grösste politische Merkmalsgruppe überhaupt, die Parteiungebundenen, im Schnitt eher gegen als für die Regierung Position bezogen.

Vergleicht man das Liechtensteiner Kastendiagramm mit der Schweizer Variante (Abbildung 5), so sind gewisse Parallelen zu erkennen, aber auch Unterschiede, die mit den unterschiedlichen Parteiensystemen zu tun haben. Zunächst fällt auf, dass die Regierungstreue aller vier Bundesratsparteien meist höher ist als jene der Liechtensteiner Parteien. Den tiefsten Durchschnittswert erzielte mit 55 Prozent die SVP. Nur die FBP-Anhängerschaft erzielte von den Liechtensteiner Parteien einen höheren Mittelwert (60%). Gewiss, ein vollständiger Vergleich zwischen

Liechtenstein und der Schweiz müsste auch die Schweizer Nicht-Bundesratsparteien berücksichtigen. Aber immerhin konnten die Bundesratsparteien lange Zeit fast 80 Prozent oder mehr Wählerinnen und Wähler in sich vereinigen.

Die regierungstreuesten Anhängerschaften sind sodann jene der beiden, wie sie sich selbst oft bezeichnen, «staatstragenden» Zentrumsparteien FDP und CVP (neu: die Mitte). Wie gesagt, alle vier hier untersuchten Schweizer Parteien sind Regierungsparteien, denn alle haben mindestens einen Vertreter in der Schweizer Exekutive. Aber die beiden Zentrumsparteien und ihre Vertreter im Bundesrat sind aufgrund dessen, dass sie für praktisch jede Mehrheit im Parlament wie auch im Bundesrat (alleine schon aus rechnerischen Gründen) mit ins Boot geholt werden müssen, bei fast allen Abstimmungen auf der Regierungsseite. Tatsächlich lauten die Parolen von FDP und CVP viel öfter gleich wie jene der Regierung, während bei SP und SVP ein Abweichen davon deutlich öfter vorkommt.<sup>5</sup>

SVP- und SP-Anhängerschaft sind seltener auf Regierungslinie als FDP und CVP. Aber ihre Oppositionsrolle nehmen sie anteilmässig weniger oft (bzw. weniger ausgeprägt) wahr als die DU- und DpL-Anhängerschaften. Zudem streut das Ausmass der Regierungstreue bei SVP und SP stärker als bei den beiden Zentrumsparteien. Das hat mit der «fallweisen Opposition» zu tun, welche insbesondere die beiden grossen Polparteien (SP und SVP) spielen. In der Steuer- und Sozialpolitik ist es meist die SP, die aus dem Verbund der Regierungsparteien ausschert, bei migrations- oder europapolitischen Fragen in der Regel die SVP. Aber sind die beiden Polparteien Teil des Regierungslagers bei Abstimmungen, so sind ihre Anhängerschaften oft jene, die am regierungstreuesten stimmen (Milic et al. 2014). Nochmals, das heisst nicht, dass man sich innerhalb der SP oder SVP in solchen Situationen auch tatsächlich an der Regierungsempfehlung orientiert,

aber man stimmt im Endeffekt regierungstreu ab.

### Steuern die Parteien und die Regierung das Volk bei Sachabstimmungen?

Weder Parteien noch Regierung steuern das Liechtensteiner Stimmvolk. Das soll nicht bedeuten, dass sie keinen Einfluss auf das Stimmverhalten ausüben. Aber dieser Einfluss ist bei weitem nicht so gross, als dass von einer Steuerung die Rede sein kann. Der Grad an Parteiloyalität variiert zwar unter den Liechtensteiner Parteien, aber bei den beiden Grossparteien ist er im Vergleich zu den Schweizer Bundesratsparteien eher schwach ausgeprägt. Und selbst über diese Schweizer Parteien heisst es in der Forschung, dass sie «das Volk nicht steuern – jedenfalls nicht auf direktem Wege» (Trechsel 2002: 580). Umso mehr trifft dies auf die beiden Liechtensteiner Grossparteien zu. Ihre Anhängerinnen und Anhänger weichen ziemlich häufig von der Parteilinie ab.

Die kleinen Parteien FL, DU und DpL können indessen auf ein weitaus parteilinientreues Verhalten ihrer Gefolgschaften an der Urne zählen. Aber selbst bei ihnen ist fraglich, ob dies auf die Orientierung an Empfehlungen zurückzuführen ist. Die hohe Übereinstimmungsrate sagt wohl eher etwas darüber aus, wie einig sich Parteispitze und Parteibasis hinsichtlich Wertevorstellungen sind.

Auch die Regierungsunterstützung an der Urne ist in Liechtenstein im Vergleich zur Schweiz mässig. Allein der Vergleich der Erfolgsquoten sowohl von Volksinitiativen als auch von Referenden auf Verlangen (fakultative Referenden) zwischen der Schweiz und Liechtenstein belegt dies: In der Schweiz siegt die Regierungsseite in 57 Prozent aller Referendumsabstimmungen und in 89 Prozent aller Initiativabstimmungen, während in Liechtenstein die Regierung in bloss 41 Prozent aller Referendumsabstimmungen und in 67 Prozent aller Initiativabstimmungen die Oberhand behält. Diese Differenz in den Erfolgsquoten der beiden Volksrechte

hat ihre individuelle Basis im behördenkritischeren Stimmverhalten der Liechtensteiner Stimmenden. Selbst die SVP-Anhängerschaft, oftmals als chronische Nein-Sager betitelt, stimmt im Schnitt linientreuer ab als vier der fünf Liechtensteiner Parteien.

Die Gründe hierfür sind unklar. Ursachenforschung war keines der Ziele dieses Beitrags. Aber anzunehmen ist, dass die Gründe darin liegen, dass sich die politischen Systeme Liechtensteins und der Schweiz trotz vieler Ähnlichkeiten eben doch unterscheiden. Das Schweizer Parteiensystem ist beispielsweise zersplitterter und polarisierter. Das wirkt sich auf die innere Geschlossenheit der einzelnen Anhängerschaften aus. Zwei Polparteien (SVP und SP) sind zudem in der Regierung vertreten, was deren Regierungskritik zumindest teilweise bündigt. Sodann äussert sich der Schweizer Bundesrat ebenso wie die Parteien zu (fast) jedem einzelnen Abstimmungsgeschäft. Hinzu kommt, dass in der Schweiz häufiger abgestimmt wird. Beides macht den Datenfundus in der Schweiz viel reichhaltiger und robuster gegenüber ungewöhnlichen «Ausreisser»-Abstimmungen.

Mit der Anzahl Vorlagen ist wahrscheinlich auch ein weiterer Umstand indirekt verknüpft: Liechtensteiner Vorlagen, so scheint es, weisen im Schnitt eine geringere materielle Komplexität auf als Schweizer Abstimmungsgeschäfte. In der Schweiz wird immer wieder über höchst alltagsferne Sachfragen (Neue Finanzordnung, Justizinitiative, Stempelabgabe, Verrechnungssteuer etc.) befunden. Gerade bei diesen, oftmals wenig umstrittenen Vorlagen ist das Schweizer Stimmvolk stark auf Orientierungshilfen angewiesen. Tatsächlich geben bei solchen Vorlagen 15–20 Prozent der Stimmenden an, entweder die Regierungsempfehlung oder Parteiparolen befolgt zu haben, ohne sich weiter um den Inhalt gekümmert zu haben (Milic 2020). Real dürfte dieser Wert sogar noch höher liegen.

Solche, von der Lebenswelt des normalen Stimmenden weit entfernten Vorlagen bilden in Liechtenstein eher die Ausnahme, sicher im hier untersuchten Zeitraum. Je alltags-

**Erstaunlich ist aber, dass die Anhängerschaft der Oppositionspartei FL an der Urne ähnlich regierungstreu stimmt wie die Regierungspartei FBP.**

näher aber der Abstimmungsgegenstand, desto weniger Orientierungshilfen sind nötig. Umso kritischer und eigenständiger das Stimmverhalten. Hinzu kommt, dass in der Schweiz auch von vornherein chancenlose Aussenseiter-Initiativen lanciert und tatsächlich auch zur Abstimmung gelangen. Das scheint in Liechtenstein seltener der Fall zu sein. Kurz, das «gefährliche Biest der direkten Demokratie» (Treichsel 2002: 576) bleibt diesseits des Rheins weitgehend «ungebändigt». ■

## Literatur

- Bonfadelli, Heinz; Friemel, Thomas (2012): Learning and Knowledge in Political Campaigns, in: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *Political Communication in Direct Democratic Campaigns. Enlightening or manipulating?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 168–187.
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*, New York: John Wiley and Sons.
- Chaiken, Shelly (1980): *Heuristic Versus Systematic Information Processing and the Use of Source Versus Message Cues in Persuasion*, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 39:5, 752–766.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Political Action in a Democracy*, in: *Journal of Political Economy*, 65:2, 135–150.
- Emmenegger, Patrick; Rogger, Philippe Rogger (2003): Von der Milieupartei zur Catch-All Party. Ein Paradigmenwechsel innerhalb der Schweizer Bundesratsparteien? Seminar Parteien im Wandel Sommersemester 2003 der Universität Bern.
- Gruner, Erich; Hertig, Hans Peter (1983): *Der Stimmbürger und die «neue» Politik*, Bern: Haupt.
- Kriesi, Hanspeter (1994): *Akteure-Medien-Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34, 234–260.
- Kriesi, Hanspeter (2005): *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*, Lanham: Lexington.
- Marxer, Wilfried (2000): *Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein*. Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 30, Bendern: Verlag der Liechtensteinschen Akademischen Gesellschaft.
- Marxer, Wilfried (2018): *Direkte Demokratie in Liechtenstein. Entwicklung, Regelungen, Praxis*. Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 60, Bendern: Verlag der Liechtensteinschen Akademischen Gesellschaft.
- Milic, Thomas (2008): *Links, Mitte, Rechts: Worauf gründet die ideologische Selbstidentifikation der Schweizer und Schweizerinnen?*, in: *Swiss Political Science Review*, 14:2, 245–285.
- Milic, Thomas (2010): *Steuern die Parteien das Volk? Der Einfluss der Parteien auf die inhaltliche Argumentation ihrer Anhängerschaften bei Schweizer Sachabstimmungen*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 20:1, 3–45.
- Milic, Thomas (2020): *The Use of the Endorsement Heuristic in Swiss Popular Votes*. *Swiss Political Science Review* 26(3): 296–315.
- Milic, Thomas; Rousselot, Bianca; Vatter, Adrian (2014): *Handbuch der Abstimmungsforschung*. NZZ Verlag: Zürich.
- Papadopoulos, Yannis (1991): *Quel role pour le petits partis dans la démocratie directe?*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 31, 131–150.
- Selb, Peter; Kriesi, Hanspeter; Hänggli, Regula; Marr, Mirko (2009): *Partisan choices in a direct-democratic campaign*, in: *European Political Science Review*, 1:1, 155–172.
- Treichsel, Alexander (2002): *Volksabstimmungen*, in: Klöti, Ulrich; Knoepfel, Peter; Kriesi, Hanspeter; Linder, Wolf; Papadopoulos, Yannis (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, 3., überarbeitete Auflage, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 557–588.
- Wagschal, Uwe (2009): Folgt das Volk? Abstimmungsparolen als Instrument von Überzeugungsstrategien in Schweizer Volksabstimmungen, in: Chaniotis, Angelos (Hrsg.): *Heidelberger Jahrbücher: Überzeugungsstrategien*, Berlin, Heidelberg: Springer, 73–92.
- Waschkuhn, Arno (1994): *Politisches System Liechtensteins: Kontinuität und Wandel*. Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 18, Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.

## Anmerkungen

1. Konkret sind dies die beiden Verfassungsinitiativen vom 16.3.2003, die Volksinitiative «Hilfe statt Strafe» vom 18.09.2011, das Referendum zum Neubau Landesspital vom 30.10.2011, die Volksinitiative «Vetorecht (Ja – damit deine Stimme zählt)» vom 1.7.2012, die beiden Pensionskassen-Initiativen vom 15.6.2014, das Krankenversicherungsgesetz vom 13.12.2015, die Vorlage zum Familienzulagen-Gesetz vom 18.9.2016, die Tour-de-Ski-Vorlage vom 25.1.2018, der Neubau des Landesspitals vom 24.11.2019, die «HalbeHalbe»-Initiative sowie die Abstimmungen über die Doppelte Staatsbürgerschaft und die S-Bahn vom 30.8.2020, die Franchise-Initiative der DpL vom 26.6.2022 und die Abstimmung über das 2G-Gesetz vom 18.9.2022.
2. Bei vier Vorlagen («HalbeHalbe»-Initiative, Familienzulagen-Gesetz, «Hilfe statt Strafe»-Initiative, «Ja – damit deine Stimme zählt»-Initiative) liegt in der Informationsbroschüre der Regierung keine Empfehlung vor. Bei der Initiative «Verfassungsfrieden» gab es zwar keine direkte Empfehlung im Gegensatz zur Initiative des Fürsten, die zur Annahme empfohlen wurde. Aber der Text in der Informationsbroschüre lässt eine klare Verhandlungslinie erkennen: «Nach jahrelangen Verhandlungen ist es gelungen, einen Kompromiss zu finden, der die Zustimmung des Landesfürsten, der Regierung und der Mehrheit der Landtagsabgeordneten findet. Dies trifft für die Initiative «Verfassungsfrieden» nicht zu.»
3. Im Schweizerischen Regierungssystem kommt hinzu, dass selbst dann, wenn sich eine Partei programmatisch auf den «Medianwähler» zubewegen würde (wozu sich durchaus Gründe finden liessen), sie aufgrund des zersplitterten Parteiensystems Stimmen an ihren ideologischen «Rändern» an Konkurrenten verlieren würde. Schliesslich war die CVP eine katholische Milieupartei, was eine ideologische Öffnung lange Zeit erheblich erschwerte.
4. Zwei Vorlagen, die beiden Verfassungsinitiativen von 2003, fallen in die Zeit der FBP-Aleinregierung (2001–2005). Alle anderen hier untersuchten Abstimmungen fanden später statt, somit im Zeitraum einer gemeinsamen Regierung beider Grossparteien.
5. Wenn wir nur materielle Empfehlungen (d. h. «Ja» oder «Nein») betrachten, so lauteten bei der CVP die Empfehlungen in 20 von 568 Fällen anders als jene des Bundesrats. Bei der FDP waren es 36 in 605 Fällen, bei der SP hingegen 239 von 579 Fälle und bei der SVP immerhin 113 von 569 Fälle.

## Impressum

Parteilinientreue und Regierungsunterstützung bei Abstimmungen. Ein Vergleich zwischen Liechtenstein und der Schweiz. LI Focus 2/2022

<http://dx.doi.org/10.13091/li-focus-2022-2>

Thomas Milic, Forschungsbeauftragter Politik am Liechtenstein-Institut  
thomas.milic@liechtenstein-institut.li

Liechtenstein-Institut  
St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern  
Liechtenstein  
[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

© Liechtenstein-Institut, 29. Dezember 2022